Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1920 Nr. 221 — Jahrgang 213

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 6,00, vierteljährlich Mk. 18.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801. Abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Sonnabend, 29. Mai

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 60 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 3,00 ℳ. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort: Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Wilsons Vorschlag, wonach Amerika das Mandat über Armenien übernehmen soll, wurde vom Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten mit 11 gegen 4 Stimmen abgelehnt.

* Die polnische Regierung hat, um eine völlige Niederlage gegen die Bolschewisten zu vermeiden, die französische Regierung um Entsendung von Hilfstruppen gebeten.

* Die Verwaltung des Völkerbundes hat beschlossen, noch vor Ende dieses Jahres eine internationale Konferenz zusammenzuberufen.

* Der interalliierte Rat wird in kurzer Zeit seine Verhandlungen in San Remo wieder aufnehmen.

Neue Kriegsgefahr im Osten?

b. **München**, 28. Mai.

Im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten beantragte der Abgeordnete Jehle, daß die Regierung alsbald verläßliche Berichte über die russische Umwälzung und deren Einfluß auf das Wirtschaftsleben des russischen Volkes gebe. Geheimrat Dr. von Müller vom Ministerium des Aeußern erklärte, daß es außerordentlich schwierig sei, hierüber Angaben zu machen, da der diplomatische Dienst Deutschlands in Rußland noch nicht eingerichtet sei. Soweit Mitteilungen vorlägen, seien sie nicht zuverlässig und veraltet. Auch nach den Mitteilungen der Sowjetregierung seien Rohstoffe in ausfuhrfähiger Menge nicht vorhanden. Das Rätesystem sei praktisch nicht mehr in Anwendung. Das Stücklohn- und Prämiensystem würde wieder eingeführt. Von den Lokomotiven sei nur noch ein ganz geringer Teil gebrauchsfertig. Besonders schlecht stehe es in sanitärer Beziehung (alles nach Mitteilungen der russischen Regierung): in Petersburg funktioniere die Wasserleitung nicht mehr. Der Hausmurat könne nicht mehr weggeräumt werden. Ein Wunsch, russische Arbeiter aus Deutschland zu bekommen, bestehe nicht. Die Zulassung von Studienkommissionen sei abgelehnt worden. Die militärischen Vorgänge zwischen Sowjetrußland und Polen hätten in weiten Kreisen Deutschlands Beunruhigungen hervorgerufen wegen eines etwaigen Angriffes auf Deutschland. So sei die Frage aufgeworfen worden, ob, wenn Polen überrannt würde, der Angriff der Russen an der deutschen Grenze stehen bleiben würde. Von der Reichsregierung sei gesagt worden, die deutschen Grenztruppen seien nach Möglichkeit verstärkt worden, auch sei der Respekt Rußlands vor der deutschen Militärmacht und Militärkunst so erheblich, daß zu erwarten sei, daß der Angriff an der deutschen Grenze Halt mache. Außerdem sei die Qualität unserer Truppen so hervorragend, daß einem Angriff mit Erfolg begegnet werden könne. Ob das möglich ist, bemerkte Dr. von Müller, hat unser Gesandter ernstlich bezweifelt. Eine befriedigende Auskunft, daß keine Gefahr von russischer Seite zu befürchten sei, konnte von der Reichsregierung nicht gegeben werden. Auch im Ausschuß der Nationalversammlung ist auf die Gefahr hingewiesen worden, daß, wenn ein Angriff auf Deutschland erfolgte, die Sowjetregierung verkünden würde, Zentren für Aufstände in Mitteldeutschland oder im Ruhrgebiet zu schaffen, um auf diese Weise den militärischen Vorstoß zu verschärfen und den Widerstand Deutschlands zu brechen. Diese Gefahr wurde seitens der Reichsregierung nicht verkannt, aber die Meinung ausgesprochen, daß man hoffentlich in der Lage sein werde, einem russischen Angriff gewachsen zu sein. — Der Antrag Jehle wurde hierauf zurückgezogen.

Keine neue Verschiebung von Spa

w. **Paris**, 28. Mai.

Der „Matin" erklärt, die alliierten Regierungen hätten sich noch mit der Frage befaßt, ob die Konferenz in Spa, wie die italienische Regierung es wünsche, verschoben werden könne. Die allgemeine Meinung sei, daß man unmöglich auf ihre Vorlagung eingehen könne, weil man dann nicht imstande wäre, die internationale Finanzkonferenz vor dem Herbst nach Brüssel zusammenzuberufen, die nur dann nützlich arbeiten könne, wenn die Alliierten ihre Entscheidungen getroffen und sie Deutschland mitgeteilt hätten.

w. **Paris**, 28. Mai.

Die Aeußerungen der Morgenpresse lassen keinen Zweifel bestehen, daß es heute in der Kammer anläßlich der Beratung der Interpellationen Aubriot und Baudry d'Asson über die Ergebnisse der Konferenz in Hythe zu einer großen Debatte über die auswärtige Politik kommen wird. Im Auftrage des Finanzausschusses der Kammer wurde Millerand ersucht, die Debatte aufschieben zu lassen und, falls er nochmals den Ausschüssen für auswärtige Politik und Finanzen der Kammer und des Senats eingehende Aufklärungen über den Stand der Verhandlungen zu geben. Millerand hat dies abgelehnt. Nach seiner Ansicht sei die Debatte von äußerster Notwendigkeit. Infolgedessen betonte der Finanzausschuß der Kammer in einer Tagesordnung nochmals einstimmig, daß er die Rechte Frankreichs aus dem Friedensvertrag in bezug auf die vollkommene Wiedergutmachung der Schäden und Pensionen für unantastbar halte. Nach einigen Blättern hat sich auch Tardieu gestern zu Millerand begeben, um ihm eine motivierte Tagesordnung vorzuschlagen. Nach dem „Journal" erklärte der Ministerpräsident, er könne diese nicht annehmen, da er sich seine vollkommene Handlungsfreiheit bewahren wolle. Mehreren Blättern zufolge will man es heute nicht zur Abstimmung kommen lassen, weil man glaubt, dadurch auf die deutschen Reichstagswahlen einzuwirken. Der „Homme Libre" glaubt feststellen zu können, daß die Gegnerschaft gegen die Festsetzung einer Pauschalsumme für die Kriegsentschädigung im Wachsen sei.

*

b. **London**, 28. Mai.

„Daily Chronicle" macht in einer Budapester Meldung Propaganda für die Wahl eines britischen Prinzen zum König von Ungarn. Dies wird, sagt das Blatt, in Ungarn allgemein gewünscht (!), und man wäre bereit, England große Zugeständnisse zu machen, wenn die britische Regierung dabei mitwirken würde.

Polen bittet um französische Hilfe

b. **Basel**, 28. Mai.

Das „Petit Journal" meldet: Die polnische Regierung richtete an Frankreich ein Telegramm, das den Ernst der Lage der polnischen Armee mitteilt und um Entsendung namhafter französischer Hilfstruppen ersucht, da sonst die Gefahr einer völligen militärischen Niederlage Polens bestehe.

b. **Genf**, 28. Mai.

Das „Journal des Debats" meldet: General Pétain hat in Paris den französischen Kriegsrat einberufen, um über die militärische Lage der Polen zu berichten und über etwaige Truppensendungen nach Polen Beschluß zu fassen. Millerand hatte bereits am Mittwoch eine längere Besprechung mit dem polnischen Botschafter in Paris.

b. **Amsterdam**, 28. Mai.

Die „Times" meldet: Odessa ist wieder von einer Abteilung der Roten Armee besetzt worden. Die Flotte der Alliierten hat die Häfen von Odessa und Sebastopol wieder verlassen.

Danzig und Berlin

w. **Danzig**, 28. Mai.

Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Sahm wurde gestern eine Sitzung des erweiterten Staatsrates abgehalten. Zur Regelung von Beamtenfragen wurde beschlossen, eine Abordnung, bestehend aus einem Mitgliede des Staatsrates und einem Vertreter der Beamtenschaft, sofort zu direkten Verhandlungen nach Berlin zu senden. Als Termin für den Zusammentritt der verfassunggebenden Versammlung ist der 14. Juni in Aussicht genommen. Die Festsetzung soll durch den Oberkommissar erfolgen.

Noch immer Kriegsgefangene in Frankreich!

Die „D. T." veröffentlicht eine Zuschrift, aus welcher hervorgeht, daß allen gegenteiligen Versicherungen zum Trotz sich noch immer eine Anzahl deutscher Kriegsgefangener in Frankreich befindet. Es heißt darin:

Man glaubt in Deutschland, es seien im Laufe dieses Frühjahres alle Kriegsgefangenen aus England und Frankreich zurückgekehrt. Dies ist leider nur ein optimistischer Wahn. Obwohl wir zusammengebrochen sind, können wir doch unser gutes Recht wenigstens vertreten. Aber daß von unserer Seite nichts getan wird, was deutschen Landsleuten gebührt, kann ich mit der Tatsache bekräftigen, daß gegen zweihundert Militärpersonen — im Kriege ehrlich gefangene Männer — als sogenannte Kriegsverbrecher im Lager Noanne sur Loire in Frankreich festgehalten werden; entweder als Geiseln behandelt oder um sogar ihre Aburteilung zu erwarten. Für Deutschlands Größe haben sie gekämpft, und jetzt sitzen sie fern von jeder Hilfe. Nur jemand, der selbst in Gefangenschaft war, kann sich in die Seelenqualen hineindenken. Viele Nachrichten sind mir von Bekannten aus Noanne zugegangen. Aus der letzten Nachricht greife ich einige Stellen wörtlich heraus:

„Man tappt hier vollkommen im Dunkeln. Kennen Sie nicht jemand, der einmal ein bischen auf das Auswärtige Amt drückt? Die französischen Soldaten fragen uns sogar schon: „Tut Ihre Regierung denn nichts für Sie? Die muß Sie doch reklamieren!" „Warum" und „Wie lange" kann uns kein Mensch sagen. Wie ein Stück Vieh wird man von einem Stall in den anderen geschleift. Also ich hoffe auf Ihre Unterstützung. Die Presse muß doch endlich mal für uns interessiert werden!" —

So muß ein Mann schreiben, der jahrelang als Seemann für Deutschland gekämpft hat. Es ist eine Schande! Pflicht eines jeden Deutschen soll es sein, der diese Tatsachen liest, daß er in seinem Bekanntenkreise es erzählt und dafür Sorge trägt, daß das ganze deutsche Volk einmütig und in tiefster Empörung die Beendigung der Qualen unserer Volksgenossen fordert.

Es wäre zu wünschen, daß die Regierung diesen Mitteilungen nachgeht und der Oeffentlichkeit das Ergebnis der Untersuchung zugänglich macht.

Zur drohenden Sozialisierung des Aerztestandes

Die Einführung des Krankenversicherungszwanges für alle Beamte und Angestellte mit einem Jahresgehalt bis zu 15 000 Mark hat naturgemäß in der Aerztesschaft einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen und Abwehrmaßnahmen großen Stils zur Folge gehabt. Auffallend still verhält sich hierzu bisher der andere, von der Verordnung nicht minder betroffene Volksteil, nämlich die nunmehr in so weitgehendem Maße versicherungspflichtig gewordene bürgerliche Bevölkerung. Viele wissen überhaupt noch nichts davon, andere zucken mit den Achseln, die dritten sagen „Da machen wir nicht mit"; aber noch ist meines Wissens keine nichtärztliche Stimme laut geworden, welche die Bedeutung dieses Gesetzes in seiner ganzen Tragweite erkannt oder auch nur zu ihm Stellung genommen hätte.

Was bedeutet nun dieses Gesetz für die Aerzte, für die Versicherten, für die Krankenkassen, und was bezweckt es?

Für die Aerzte bedeutet die Erhöhung der Versicherungspflicht um das Dreifache nicht nur den Verlust fast der gesamten Privatpraxis und damit eine sehr erhebliche Einbuße an Einnahmen, sondern auch den Verlust der freien ärztlichen Betätigung gegenüber einem großen Teil ihrer bisherigen Kranken, sie bedeutet für den Aerztestand die völlige Unterwerfung unter die Willkür der Krankenkassenvorstände, d. h. der Sozialdemokratie. Doch überlassen wir die weitere Ausführung dieser Angelegenheit, soweit sie den Aerztestand allein betrifft, den zuständigen Fachleuten bzw. ihrer Organisation, dem seit 20 Jahren bestehenden „Leipziger Verband der Aerzte zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen". Von weit höherer Bedeutung für die Allgemeinheit ist die Stellungnahme der versicherungspflichtigen Bevölkerung zu dieser neuesten Regierungstat. Schon lange dämmert es im Volke und schon lange bricht sich bei den Kassenmitgliedern der Gedanke Bahn, daß namentlich für nicht chirurgische und nicht siebenbahnte Erkrankungen der Arzt als wissenschaftlicher Angestellter der Krankenkasse nicht der Helfer ist, den der Kranke braucht. Darum sieht der Nichtkassenarzt schon immer Versicherungspflichtige in seiner Sprechstunde, welche, wofern es ihre Geldmittel irgend erlauben, zum Arzt ihrer Wahl und ihres Vertrauens gehen. Seit der Lohnerhöhung der Arbeiter ist es eine bekannte Tatsache, daß Kassenmitglieder in die Sprechstunden der „Geldärzte" geradezu strömen, ein beredter Beweis dafür, daß das berechtigte Verlangen, sich seinen Arzt selbst auszusuchen, häufig nur durch die Knappheit des Geldbeutels hintenan gesetzt werden mußte. Aber noch eine andere Seite hat diese neue Bestimmung für die Versicherten, und zwar eine recht unangenehme: das ist der hohe Kassenbeitrag, welcher natürlich dem Einkommen entsprechend steigt, so daß auf 15 000 Mk. Einkommen mindestens 600 Mk. Jahresbeitrag für die Krankenkasse zu entrichten sind, und, wenn auch wie bisher der Arbeitgeber ½ davon zu tragen hat, so bleibt doch noch ein nettes Stümmchen, welches der glückliche Versicherte alljährlich dafür zahlen muß dafür, daß er künftig den ihm vorgeschriebenen Arzt aufzusuchen gezwungen ist. — Es ist eine bedauerliche Tatsache, daß der Kassenarzt in vielen Gegenden Deutschlands statt der Freund — der ärgste Feind seiner Kranken geworden ist, er wird von den Kranken verantwortlich gemacht für das, was lediglich die Folge der Gesetzgebung ist. Dem Kassenarzt sind seinen Kranken gegenüber in vielen, fast in jeder Beziehung die Hände gebunden, viele notwendige Kuren kann er namentlich bei chronisch Kranken nicht durchführen, viele Medikamente darf er nicht verordnen, weil sie zu teuer sind; der Kranke sieht hierfür nicht den Gesetzgeber, sondern dessen ausführendes Organ, den Arzt, als schuldigen Teil an, und dieser wird aus dem Freund der Feind der leidenden Menschheit.

Für die Krankenkassen selbst bedeutet das neue Gesetz nicht nur eine sehr erhebliche materielle Unterstützung, sondern vor allem einen ganz außerordentlichen Machtzuwachs. Und das ist der eigentliche Zweck dieser neuen Verordnung: wohlweislich hat die Regierung bei seiner Einführung die am meisten Beteiligten, nämlich die Aerzte, garnicht gefragt, und als die Nationalversammlung von den zuerst aufgestellten 20 000 Mk. 8000 Mark strich, hat man sich auf die mittlere Linie von 15 000 Mark geeinigt.

Als der alte Kaiser 1881 unter anderen Wohlfahrtsgesetzen die Krankenversicherung der Minderbemittelten einführte, hat die preußische Regierung, bewußt oder unbewußt, den ersten Schritt zur Sozialisierung getan; die Sozialdemokratie hat statt des kleinen Fingers gleich beide Hände genommen, und die ganze Krankenkassenangelegenheit ist eine Pfründe der Sozialdemokratie geworden; sozialdemokratische Vorstände und Beamte, sozialdemokratische Krankenbesucher sorgen dafür, daß das Volk in ihrer Hand bleibt, daß die Aerzte verhetzt und als Volksfeinde hingestellt werden, und so wendet sich auch jetzt die Sozialdemokratie in ihren Sozialisierungsbestrebungen der Kopfarbeiter zuerst gegen den bereits zum großen Teil in ihrer Hand befindlichen Aerztestand, um ihn langsam, aber sicher zu sozialisieren, oder, sagen wir ruhig zu kommunisieren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192005291-15/fragment/page=0001

Nun, die Aerzte werden sich dagegen zu wehren wissen. Vor allem ist es aber auch Sache des Bürgertums, gegen diese neue, ihm über den Kopf geworfene Schlinge zur Abwehr zu greifen und nicht aus Gleichgültigkeit oder Verblendung gegen die Aerzte, sondern mit diesen gemeinsam für die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Freiheit einzutreten, mit den Aerzten gemeinsam den Kampf aufzunehmen gegen diese neue, von unhaltbaren Grundgedanken ausgehende sozialdemokratische Vergewaltigung.

Helfen kann hier nur ein einmütiges, tatkräftiges Zusammengehen aller, nicht nur der von den neuen Maßnahmen betroffenen Beamten und Angestellten, sondern auch der Angehörigen aller freien Berufe, der selbständigen Leiter aller Betriebe, sowie der Beamten, welche vorläufig von diesem Gesetz nicht betroffen werden. Denn das steht wohl außer Frage, daß die 15 000-Markgrenze nichts anderes bedeutet als eine neue Machtprobe der Sozialdemokratie, einen Schritt weiter auf dem Wege zum Kommunismus. Nur wenn in dieser Ueberzeugung zu einmütigem Einspruch die gesamte Bürgerschaft, gleichgültig welcher Parteiangehörigkeit, zusammentritt, dann wird das Ziel zu erreichen sein, daß jeder Leidende in der Lage ist, sich dem Arzt seiner Wahl anzuvertrauen, und der Arzt wird dann wieder das werden, was von jeher seine Bestimmung ist, der Helfer in aller Leibes- und Seelennot und der Freund der leidenden Menschheit.

Dr. S.

*

Dokumente zu dem Streit zwischen Aerzten und Krankenkassen vom 13. Mai

1. Erklärung des Herrn Fräßdorf namens der Kassenvertreter:

Punkt 1: Durch die Verordnung vom 1. April in der geänderten Fassung vom 30. April ist der Grundlohn in der Krankenversicherung heraufgesetzt und die Versicherungspflicht der Angestellten ausgedehnt worden. Der Aerzteverband hat diese Verordnung zum Anlaß genommen, an die Aerzte die Weisung zu geben, die geltenden Verträge fristlos zu kündigen und aus dem Vertragsverhältnis als Partei auszutreten. Das ist Vertragsbruch, denn die neue Verordnung stellt einen wichtigen Grund im Sinne von § 626 des BGB. nicht dar. Die Kassen bestehen deshalb nachdrücklich auf Durchführung des Vertrages.

Punkt 2: Diese Weisung des Aerzteverbandes an die Aerzte verfolgt den Zweck, die Möglichkeit zu eröffnen, im ganzen Reiche einen vertragslosen Zustand herbeizuführen. Diese Absicht lassen auch mannigfache Kundgebungen aus den Kreisen des Aerzteverbandes erkennen. Gegen diese Absicht müssen die Krankenkassen und ihre Verbände nachdrücklichst Verwahrung einlegen; denn sie setzen den Bruch des allgemeinen Einigungsabkommens — Berliner Abkommen vom 23. Dezember 1913 und das Tarifabkommen vom 9. Dezember 1919 — voraus. Die Kassenverbände halten an diesem noch geltenden Abkommen unbedingt fest, unbeschadet der Auffassung, daß die beiden Abkommen in der einen oder anderen Beziehung geändert oder ergänzt werden könnten.

Punkt 3: Weiter müssen die Kassenverbände Verwahrung einlegen gegen den Beschluß des Beirates des Aerzteverbandes, der den Kassenverbänden vom Aerzteverband mit der Einladung zu den heutigen Verhandlungen übersandt worden ist. Die Verbände der Krankenkassen und der Aerzte sind untereinander durch Einigungsabkommen verbunden, die die Schlichtung aller auftretenden Streitigkeiten in geordnetem Verfahren vorsehen. Es ist bei solcher Sachlage ein ungewöhnliches Verhalten, Verhandlungen unter Drohungen einzuleiten.

2. Nach der Pause erklärt Herr Behrens:

„Ich hatte die Ehre, die Sonderverbandlungen der Kassen zu leiten, und ich bin beauftragt, Ihnen folgende Erklärung zur Kenntnis zu bringen:

Zur Forderung der organisierten freien Arztwahl. Eine Verpflichtung der Kassenverbände, den Kassen die freie Arztwahl aufzuzwingen, kann nicht übernommen werden. Doch steht es den Kassen frei, sie im Einvernehmen mit ihren Aerzten einzuführen. Kommt eine Verständigung nicht zustande, so entscheidet das Schiedsamt, wenn von einer Partei ein wichtiger Grund zur Aenderung des Arztsystems geltend gemacht wird.

Zu den Honorarforderungen. Die Honorarforderungen sind so gehalten, daß eine Verhandlung darüber die Möglichkeit einer Verständigung ausschließt.

In einzelnen wird noch betont: Die Pauschalierung muß erhalten bleiben. Die Begrenzung auf vier Leistungen für den Krankheitsfall bei Bezahlung nach Einzelleistungen muß bestehen bleiben. Keine Trennung der Wegegebühr nach Fuhrkosten und Zeitversäumnis.

Zur Entscheidung über die schlüssigen Punkte der Honorarbedingungen wird ein paritätisch besetztes Schiedsgericht unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers vorgeschlagen.

Diese Beschlüsse sind von allen anwesenden Kassenvertretern einhellig gefaßt worden."

Darauf erklärte Dipye:

Zu Beginn der Verhandlungen, meine Herren, haben Sie gewünscht, daß wir Ihnen unsere Sätze bekanntgäben, und uns versichert, daß Sie dann Ihre Gegenforderungen uns bekanntgeben würden. Aus diesen beiden Forderungen hätte sich dann ja auch durch die Verhandlungen ergeben müssen, worauf wir uns geeinigt hätten. Was Sie uns da verlesen haben, ist ein Widerspruch zu unseren Vereinbarungen: es ist eine glatte Ablehnung. Wir nahmen an, daß Sie uns Ihre Forderungen bekanntgeben würden, in diesem Vertrauen haben wir Ihnen unsere Forderungen vorgelegt. Sie haben uns ausdrücklich gesagt, wenn das geschehen würde, würden Sie uns Gegenvorschläge machen (Zuruf: Haben wir ja gemacht). Nein, Sie haben uns keine Gegenvorschläge gemacht. Sie haben sich doch gewiß überlegt gehabt, mit welchen Gegenvorschlägen Sie an uns herangehen wollten, da ist es doch ein Gebot der gegenseitigen parlamentarischen Verpflichtung, nachdem Sie unsere Vorschläge zur Kenntnis genommen haben, daß Sie uns jetzt Ihre Vorschläge mitteilen.

Fräßdorf: Ich habe für die Kassenvertreter zu erklären: Wir hatten Vorschläge vorgesehen, das darf ich Ihnen sagen. Aber wie in der Entschließung schon gesagt worden ist, können wir bei diesen Ihren Forderungen, die Sie gestellt haben, diese unsere Vorschläge Ihnen gar nicht machen. Wir sind für durchaus angemessene Gehälter, den Zeitverhältnissen entsprechend, und wir werden hoffentlich dazu auch mit Ihnen noch kommen. Bei dem gegenwärtigen Stande und bei Ihren Forderungen, die Sie gestellt haben, halten wir eine weitere Verhandlung in dieser Angelegenheit für nicht geboten, und wir werden nunmehr einhellig das Lokal verlassen.

Die Vertreter der Krankenkassen verlassen den Saal.

Mundan: Meine Herren! Wir werden das in der Oeffentlichkeit als eine illoyale Handlung bezeichnen. Sie haben uns herausgelockt, Ihnen unsere Bedingungen zu sagen, und wir haben Sie Ihnen gesagt, in dem festen Vertrauen darauf, daß Sie uns Ihre Bedingungen mitteilen würden. Sie haben uns getäuscht. Das ist eine Unehrenhaftigkeit, die unerhört ist. Ich stelle das hiermit fest, wir werden das in der Oeffentlichkeit sagen.

Einigungsamt im Aerztestreit

w. Berlin, 28. Mai.

Das in dem Streit zwischen den Organisationen der Aerzte und Krankenkassen vom Reichsarbeitsministerium angeregte Einigungsamt ist nunmehr gebildet. Es besteht aus dem früheren Unterstaatssekretär Wissleben, Geheimen Rat Dr. Caspar als Vorsitzenden, den Ministerialräten Dr. Hamel vom Reichsministerium des Innern und Dr. Sitzler vom Reichsarbeitsministerium als amtlichen Beisitzern, sowie je fünf weiteren Beisitzern der Ärzt- und Kassenverbände. Die Verhandlungen beginnen am 31. Mai, 11 Uhr vormittags, im Reichsarbeitsministerium. Vorweg soll der Kreis von Fragen bestimmt werden, auf die die Verhandlungen sich erstrecken sollen, sowie die Befugnisse des Einigungsamts, insbesondere seine etwaige Befugnis, beim Nichtzustandekommen einer Einigung einen Schiedsspruch zu fällen. Es wird angenommen, daß die Verhandlungen auch noch den Dienstag in Anspruch nehmen.

h. Essen, 28. Mai.

Die Krankenkassen im Wuppertal erheben gegen die Aerzte wegen Kontraktbruches Schadenersatzklage beim Landgericht Elberfeld.

Zum Streik in der Binnenschiffahrt

w. Berlin, 28. Mai.

Neuerdings beantragte der Binnenschifferverband beim Reichsarbeitsministerium, zur Entscheidung über seine Forderungen ein Schiedsgericht einzusetzen, dessen Spruch er sich unterwerfen werde. Der Arbeitgeberverband für die Binnenschiffahrt erklärte jedoch, daß er sich mit Rücksicht auf den mit dem Transportarbeiterverband, dem Zentralverband der Maschinisten und Heizer, sowie den Berufsgenossen Deutschlands abgeschlossenen, noch laufenden Tarifvertrag an einem solchen Schiedsverfahren nicht beteiligen könne. Auch beide letztgenannten Arbeitnehmerverbände lehnen nach wie vor ab, sich an einem Schiedsgerichtsverfahren mit dem Verband der Binnenschiffer zu beteiligen. Bei dieser Sachlage läßt sich ein Erfolg von der Einsetzung eines Schiedsgerichts nicht erwarten. Es ist aber auch ohnedies mit der baldigen Beendigung des Streiks zu rechnen, nachdem an verschiedenen Stellen die Schiffahrt bereits wieder in Gang und der Streik sichtlich im Abflauen ist.

Oberschlesien und das Reich

h. Breslau, 28. Mai.

Im letzter Zeit mehren sich die Nachrichten, daß sich die oberschlesische Bevölkerung über die dauernde Benachteiligung durch das Reich einer außerordentlich erregten Stimmung bemächtigte. Man ist sogar bereits so weit gegangen, die Versorgung des Reiches mit oberschlesischer Kohle einzustellen, um so einen Druck auf die Regierung ausüben zu können.

Erzberger und die bayerische Volkspartei

Das bayerische Zentrum, die bayerische Volkspartei, kündigt dem wieder in den Reichstag und in das politische Leben zurückkehrenden Herrn Matthias Erzberger bereits scharfe Fehde an. Bekanntlich ist die Trennung des bayerischen Zentrums vom Reichszentrum seinerzeit um des Herrn Erzbergers willen erfolgt, weil das bayerische Zentrum mit der Politik des Herrn Erzberger nicht einverstanden war. Jetzt läßt die bayerische Volkspartei offiziell erklären, daß die Wiederkehr Erzbergers ein schweres Hindernis für die Wiedervereinigung des bayerischen Zentrums mit dem Reichszentrum bilde und deshalb eine weitere Enttäuschung bedeute. Man ist in bayerischen Zentrumskreisen überzeugt, daß Erzberger bald wieder die Führung im Reichszentrum an sich reißen wird und eine maßgebende Rolle in der Reichspolitik spielen werde.

Nationale Gesinnung fällt unangenehm auf

Ein höherer Justizbeamter schreibt dem „Lok.-Anz." folgendes:

„Unsang dieses Monats erschien ein gut gekleideter Herr bei meiner Nichte, einer verwitweten Frau Dr. X., deren Mann infolge einer im Kriege erlittenen Verletzung im vorigen Jahre hier gestorben ist, und fragte die ihm öffnende Dame des Hauses: „Sind Sie Frau Dr. X.?" und auf die bejahende Antwort, weiter: „Sie sind doch Witwe und haben doch Anspruch auf Pension?"

Da meine Nichte glaubte, er wolle dieserhalb mit ihr Rücksprache nehmen, führte sie ihn in den Salon. Dort erklärte der fremde Herr:

„Sie sind Ihrer nationalen Gesinnung wegen unangenehm aufgefallen, ich warne Sie, denn Ihre nationale Gesinnung kann Ihnen nur Unannehmlichkeiten bereiten."

Worauf meine Nichte antwortete: „Ich habe nicht gemußt, daß es eine Schande ist, national gesinnt zu sein, wollen Sie mir nicht Ihren Namen nennen?"

Er entgegnete: „Mein Name tut nichts zur Sache, ich komme im Auftrage der sozialdemokratischen Partei."

Darauf sagte meine Nichte: „Wenn Ihre Partei mit so schmutzigen Waffen kämpft, kann sie mir nur leid tun."

Damit war die Unterredung beendet. — Auch bei einer anderen, in demselben Hause wohnenden Dame ist der betreffende Herr gewesen. Vielleicht kann die Liste der mit solchem Besuch beglückten Damen noch vervollständigt werden."

Die Märztage vor Gericht. Das gegen den früheren Stadtkommandanten von Kiel, Kapitän zur See Loff, wegen angeblicher Beteiligung am Kapp-Putsch eingeleitete Ermittlungsverfahren ist nach erfolgter Vernehmung von den zuständigen Gerichtsbehörden durch Erlaß des Oberreichsanwalts wegen erwiesener Unschuld eingestellt worden.

„Schweinebande!" Die Frankfurter Blätter berichten über folgenden Vorfall aus Caub: Am Freitag, den 7. Mai, gegen 2 Uhr nachmittags landeten in dem Motorboot „Silja-Barbara" von Kostheim her ein Offizier und etwa 35 Mann des 26. französischen Infanterieregiments und ein Matrose in der zum Kreise Sankt Goarshausen gehörigen Stadt Caub, die im unbesetzten Gebiet liegt. Die widerrechtlich gelandeten Truppen versammelten sich vor dem Blücherdenkmal, wo der Offizier eine Rede hielt, welche die Mannschaften sichtlich erfreute, und welche in die Aufforderung ausklang, das Denkmal durch Urinieren zu beschmutzen. Der Offizier ging den Mannschaften in dieser Tätigkeit voran. Der Vorfall rief eine Menschenansammlung hervor. Nur durch die besonnene Haltung zweier Wachtmeister wurde ein Zusammenstoß verhütet. Der Offizier und die Soldaten bedrohten die Versammlung mit Revolvern und Reitpeitschen. Beim Abfahren über den Rhein rief der Offizier der Menschenmenge zu: Schweinebande!

Zum Verlauf der „Kölnischen Volkszeitung" erklärt nunmehr das neugegründete Blatt der Christlichen Volkspartei, der „Westfälische Herold", dessen leitender Redakteur, Dr. Zachert, früher dem Redaktionsstabe der „Kölnischen Volkszeitung" angehörte: Die Blättermeldungen vom Verkauf der „Kölnischen Volkszeitung" an die Eisengroßhandlung Wolff in Köln scheinen sich zu bestätigen. Der Name Wolff ist ein Sammelname, hinter dem sich alles und nichts denken läßt. Wir glauben daher unsern Lesern diesen Namen etwas farbenbestimmter bieten zu müssen, indem wir darauf hinweisen, daß Wolff im Erzbergerprozeß als besonderer Schützling Erzbergers eine nicht unbedeutende Rolle gespielt hat

---

(Nachdruck verboten.)

Bis in das Elend.

Ein Kampf um das Deutschtum.

Von Max Treu-Halle.

tg] **29. Juni 1866.**

Sieg!

Und noch einmal: Sieg! Sieg innen und außen!

Ein Telegramm ist durch Eilboten zu uns gekommen. Bei Trautenau in Böhmen hat der tapfere General von Gablenz, den ich aus meiner alten Heimat gar gut kenne, über die Preußen einen großen Sieg erfochten. Den ganzen Tag über haben sie hartnäckig gekämpft, aber als die Sonne sich zum Niedergang neigte, da hat man die Preußen in langen, ungeordneten Kolonnen sich rückwärts wälzen sehen, dahin, woher sie gekommen waren — der schlesischen Grenze zu.

Ob Vokol in der Schlacht mitgefochten hat, wissen wir nicht, so heiß auch aus Hedwigs Auge die Frage danach bricht. Es soll zwar, so wird telegraphiert, nur das 10. Armeekorps gewesen sein, welches bei Trautenau kämpfte, und Vokol steht ja beim 1. Aber an Verwirrungen und an Verwechslungen scheint weder auf dem Kriegsschauplatz noch in den Berichten der Zeitungen irgendwelcher Mangel zu herrschen.

Aber immerhin Sieg! Das steht wohl fest.

Und auch Sieg nach innen!

Vom hohen Komitat ist ein Schreiben eingelaufen, darinnen etwas säuselt wie ein freundlicher, milder Hauch, der im Frühling das Eis der Flüsse und Bäche sprengen will.

So steht geschrieben:

„Wir haben das Schreiben der Gemeinde Beidenburg mit Unwillen aufgenommen. Es ist ein neuer Beweis für die aufrührerische, unbotmäßige Gesinnung, die in eurem Orte emporwuchert. Damit ihr aber seht und euch überzeugt, daß nicht wir es sind, die den Frieden und die Ruhe bedrohen, sondern daß wir im Gegenteil unsere höchste und schönste Aufgabe darin sehen, den Wünschen aller Einwohner unseres Bezirks gerecht zu werden, so haben wir beschlossen, euch von der Anstellung des Lehrers Stephan Bagdor und von der Ueberlassung der Schulräumlichkeiten an diesen zu entbinden und genannten Stephan Bagdor von uns aus zu besolden. Dagegen machen wir euch strenge zur Pflicht, für den Unterricht, den Stephan Bagdor den Kindern der fremden Arbeiter eures Dorfes erteilen soll, ihm eine Baracke bauen zu lassen und dafür zu sorgen, daß der Unterricht in Ruhe und ohne Störung stattfinden könne, und endlich dem neuen Lehrer freundlich und liebreich entgegenzukommen und ihm Wohnung, Speise und Trank gegen Bezahlung zu verschaffen."

Da ist große Freude gewesen in der Gemeindesitzung und im ganzen Dorfe. Unser Versprechen, die Baracke zu bauen und dem ungarischen Lehrer Wohnung und Verpflegung zu verschaffen, werden wir unverbrüchlich halten; die Baracke wird sofort zusammengezimmert, Bänke, Katheder, Wandtafel, alles wollen wir ihnen geben, unentgeltlich und „ohne Murmeln", wie die Schrift sagt, und Schönemann und ich, wir wollen den neuen Lehrer, wenn er nur ein wenig ein verträglicher Kamerad ist, nach Kräften unterstützen und fördern. Denn daß die wilde Zuchtlosigkeit unter den fremden Kinder aufhört, daran haben auch wir ein lebhaftes Interesse.

In unserer deutschen Heimat herrscht für alle Kinder der Ortsangehörigen Schulzwang; für die Kinder der Fremden aber besteht ein solcher nicht, den Landesgesetzen gemäß, die ihn nicht kennen. Wir hoffen aber auf den fremden Lehrer so weit einwirken zu können, daß er alle Kinder aus dem Barackenlager zur Schule anhält; auf die Eltern will Reiner, wenn nötig, einen Druck ausüben. Denn nur, wenn sie alle gehen und nicht etwa die eine Hälfte zuchtlos weiter verwildert, können wir Nutzen von der neuen Schule, von unsern Opfern und Zugeständnissen haben.

Pfarrer Mathias will sogar einen Schritt weiter gehen. Unter den Kindern sind viele ungarische, die evangelisch sind. Denen will nun der Pfarrer Religionsunterricht geben, jedoch in deutscher Sprache; diese letztere ist für ihn die conditio sine qua non. Die Fremden verteilen — das lehren uns die täglichen Beobachtungen immer mehr — fast alle Deutsch, wenn sie es meistens auch nur gebrochen sprechen können, und die ganz unvermeidlichen täglichen Beziehungen mit unseren Ortsangehörigen tragen still das Ihre dazu bei, die Kenntnis der deutschen Sprache zu fördern. Es besteht uns daher gar kein Zweifel, daß die Kinder den Religionsunterricht, sowie überhaupt allen Unterricht recht gut in deutscher Sprache empfangen können und daß darum die Anstellung eines eigenen Lehrers für den Unterricht in ungarischer Sprache nichts anderes war als ein Schlag gegen unser Deutschtum, wie wir sofort richtig erkannt haben.

Und wie man mit dem Deutschtum umspringt, das können wir in diesen Tagen wiederum in unserem Nachbarort Magyar-Stelessy gewahr werden. Der Appetit kommt ja beim Essen, und als die Herren Ungarn, Polen, Ruthenen und sonstige dii minores, die uns hier bedrängen, erst einmal bemerkt hatten, wie leicht sich die deutsche Gemeinde Waldhausen von ihnen verspeisen lasse, da ist ihr Appetit schier ins Riesige gewachsen.

Jetzt haben sie nun die Verfügung erlassen, daß nicht nur die Kirche, sondern auch der Schulunterricht dort drüben in ungarischer Sprache abzuhalten sei, und die Sch—kerle von Waldhausen haben sich ohne Mucken gefügt. Freilich sie waren ja schon tief genug gesunken, taten und blökten sich wie die Ungarn und hatten längst vergessen, daß sie deutsche Mütter und deutsche Väter gehabt haben.

Das ist gewiß wahr! Wenn einmal der Deutsche sich vor dem Fremden zu erniedrigen anfängt, so tut er es auch gleich in einer so schamlosen Weise, wie sonst kein anderer Stamm in der ganzen Welt. Was haben die Deutschen doch schon alles leiden müssen um ihrer Kriecherei willen vor allem Ausländischen! Wie sind sie dadurch schon verlottert gewesen an Charakter und Sitten, und sie, die häufig genug ihren eigenen Landesfürsten und sonstigen Obrigkeiten einen steifen, unbeugsamen Nacken gezeigt haben — wie sind sie doch so oft „erstorben" in „allerfuchmissester Devotion", wenn ein fremdes Potentat geruhte, ihnen allergnädigst ins Gesicht zu spucken!

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192005291-15/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 29. Mai.

Maurenbrecher in Halle

Es ist das vierte Mal, daß seit der Revolution uns Maurenbrecher aufsucht. Das erste Mal war's gleich zu Beginn der Betätigung des Hallenschen Volksvereins. Wir wußten noch nicht, was man damals schon der deutschnationale Gedanke so viele Anhänger in Halle zählte. Damals sprach Maurenbrecher unmittelbar, zuerst im „Goldenen Hirsch", dann im „Roten Roß" und dann im „Mozartsaal" nacheinander an demselben Abend. Alle Besucher nahmen reiche Anregung mit.

Später konnten wir Maurenbrecher wieder im „Zoologischen Garten" begrüßen und zuletzt sahen wir ihn im „Thaliasaal" bei einer Vortragsreihe „Deutscher Morgen". Maurenbrechers Gedanke ist in Halle wie an allen Orten, an denen er spricht, im ständigen Wachsen; um ein festes Band um seine große Gemeinde zu schlingen, gibt Maurenbrecher eine Zeitschrift: „Glaube und Deutschtum" heraus, die wöchentlich in einem Bande erscheint. Die Sprachschönheiten, die gedanklichen Tiefen haben der neuen Zeitschrift schon allerorten eine zahlreiche Gemeinde geschaffen.

Maurenbrecher spricht am Montag, den 31., abends um 8 Uhr im Walhallatheater über „Die nationale Bedeutung der Reichstagswahlen".

Demokratische „Entrüstung"

In der Nummer 244 der „Saale-Zeitung" vom 28. Mai hat der Werkstatter, der über die so schmählich ins Wasser gefallene Demokratenversammlung berichtet, ein großes Geschrei darüber, daß von „dienstbefliffenen Parteiwettläufern der deutschnationalen" das Charakterbild Dr. Schreibers, wie es am Donnerstag in der „Hallenschen Zeitung" gezeichnet worden, als Flugblatt an die Passanten verteilt wurde. Er schließt daraus, daß die Deutschnationalen ihrem politischen Programm am Werbekraft mehr zutrauen" und daß „sie selber an ihren politischen „Idealen" verzweifeln. In allgemeinen Phrasen verbirgt er diese wahrheitsgetreue Charakterschilderung des Schreiber als einen „Schmähartikel", als „geifervolles Pamphlet", als Verunglimpfung des „auf vorgeschobenem Posten kämpfenden Kämpfers der Hallenschen Demokraten" hinzustellen. Für seinem Wort jedoch geht er auf die darin erhobenen Behauptungen ein oder versucht sie gar zu widerlegen. Warum nicht darauf eingeht, ist begreiflich, es sind zu viele Tatsachen, gegen Herrn Schreiber vorgebracht werden. Und widerlegen kann er sie nicht, denn sie sind eben unwiderlegbar. Gegenmaterial kann er nicht bringen, was soll er also tun? Er kann nur entrüsten und Dr. Schreiber als den unschuldsvollen Engel hinstellen, den die bösen Leute mit Dreck bewerfen. Während sich der demokratische Berichterstatter künstlich in Aufregung versetzt, ist inzwischen ein neues demokratisches Verfahren zum Zusammensetzung aufgedeckt worden, das auf den Geist dieser Partei ein bezeichnendes Schlaglicht wirft. Wir haben es ja bereits vorgestern in unserer Donnerstag- und Freitag-Abendausgabe angezeichnet und sind nun gespannt darauf, zu hören, wie die Leute diese „Machenschaften" aufklären wird.

Der Prozeß gegen Hans Ferchlandt vertagt

Wegen versuchter Verleitung zum Meineide hatte sich gestern vor der Strafkammer in Halle der Bruder des ehemaligen Militärbevollmächtigten des weiland Halleschen Soldatenrates, Leutnants d. R. Friedrich Ferchlandt, Hans Ferchlandt, zu verantworten. Er hatte sich seinerzeit bei seiner Gegenvernehmung im Kilianprozeß in Widersprüche verwickelt und war daraufhin verhaftet worden. Da der wichtigste Entlastungszeuge zu der gestrigen Verhandlung nicht erschienen war, mußte diese vertagt werden.

*

Bedrohung, Körperverletzung und unbefugter Besitz von Waffen hatten den 1897 geborenen Arbeiter Karl Schönneberg in Ammendorf vor Gericht gebracht. Er hatte seine Geliebte am 1. Oktober v. J. mit einem Messer bedroht und sie zwei Tage später angeschossen; der Schuß war in den Oberschenkel ganz nahe unter der Hüftgelenkes eingedrungen, eine Kleinigkeit höher hätte er tödlich werden können. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Das Gericht verurteilte den Angeklagten im Sinne der Anklage zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr 6 Monaten, worauf 7 Monate der erlittenen Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet wurden.

Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn

Durch Verordnung vom 21. Mai 1920, die in diesen Tagen im Reichsgesetzblatt veröffentlicht wird, setzt der Reichsminister der Finanzen die Bestimmungen der Paragraphen 45—52 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 mit Wirkung ab 1. Juni 1920 in Kraft. Danach werden sämtliche Arbeitgeber von diesem Tage ab verpflichtet sein, zehn Prozent des Arbeitslohnes zu Lasten des Arbeitnehmers als vorläufige Einkommensteuer einzubehalten und für diesen Betrag Steuermarken in die Steuerkarte des Arbeitnehmers zu kleben. Die Arbeitnehmer werden verpflichtet, sich rechtzeitig durch die Gemeindebehörden des Wohnortes oder Geschäftsortes die Steuerkarten ausstellen zu lassen. Die Ausstellung erfolgt unentgeltlich.

— **Schülerspeisungen.** Herr Geheimrat Abderhalden schreibt uns: „Die von der Kinderhilfsmission der religiösen Gesellschaft der Freunde (Quäker) von Amerika eingerichteten Speisungen der Schüler — die Zahl der zu speisenden Personen wurde neuerdings auf 8000 erhöht worden — haben den Zweck, einer beträchtlichen großen Zahl unterernährten Kindern zu helfen. Leider haben bei mir zahlreiche Klagen ein, aus denen hervorgeht, daß manche Eltern der zu den Speisungen zugelassenen Kinder vielfach den Erfolg der Speisungen dadurch herabsetzen, daß sie nun zu Hause die Kinder in bezug auf Ernährung knapper halten. Die Schulspeisungen ersetzen die Mittagsmahlzeit vollkommen, und durch Zufuhr hochwertiger Nahrungsmittel, dagegen nicht die übrigen Mahlzeiten! Die Kinder müssen selbstverständlich zu Hause dasselbe Frühstück und dasselbe Abendbrot erhalten wie früher. Vor allen Dingen muß unbedingt dafür gesorgt werden, daß den Kindern das Frühstücksbrot nicht vorenthalten wird, sofern die Speisung erst von 12 bis 1 Uhr erfolgt."

— **Hallische Bildungslehrgänge.** Schon vor dem Kriege bestanden in unserer Stadt in Fühlung mit der Universität Unterrichtskurse. An diese knüpfen die jetzt auf Anregung des Ministers ins Leben tretenden „Bildungslehrgänge" an. Sie sollen nicht mit den schon bestehenden Fachschulen oder mit den Fachkursen in Wettbewerb treten. Ihre Aufgabe ist vielmehr, einem oft bemerkten Bedürfnis aller Volkskreise zu genügen: die Wiederholung und Ergänzung der in der Grundschule erlangten Kenntnisse. Für den ersten Lehrgang (vom 4.—8. Wochen in den Abendstunden) sind als Lehrgegenstände in Aussicht genommen: Der Mensch, Pflanzenkunde, Tierkunde, Maschinenkunde, Deutsch, Rechnen, Geographie, Geschichte, Stenographie, Französisch, Englisch, Russisch. Willkommen ist jeder, der sich in einem dieser Wissensgebiete weiterbilden will. Auf Wunsch werden noch andere Lehrgänge eingerichtet. Preis des Lehrganges 8 M. für das Fach. Anmeldeschluß 5. Juni. Näheres durch Anschläge.

— **Die Haftentlassung des Genossen Kilian,** der zurzeit eine dreijährige Gefängnisstrafe verbüßt, ist am 26. d. M. von der U. S. P.-Fraktion der preußischen Landesversammlung beantragt worden. Kilian ist nach dem „Verzicht" verschiedener Mandanten der nächste Anwärter auf ein Mandat der U. S. P. in der preußischen Landesversammlung.

— **Auszeichnung.** Der Krankenschwester Anna Schmidt aus Reinsdorf bei Artern, seit Mai 1919 treue Pflegerin im Hause des Diplom-Handelslehrers J. M. Flamm, Lessingstraße, wurde für treu geleistete Dienste während des Feldzuges 1914—18 nachträglich die Rote Kreuzmedaille verliehen.

Vortragskalender
des Deutschnationalen Volksvereins Halle und Saalkreis.

Am Sonntag, den 30. Mai, vormittags um 10 Uhr im Walhallatheater: Schriftleiter August Abel-Berlin: „Von Versailles nach Paris und zurück." Unsere Kandidaten: Direktor Leopold: „Unternehmer und Arbeiter"; Schaefer: „Was wir wollen."

Am Montag, den 31. Mai, abends um 8 Uhr im Walhalla-Theater: Dr. Max Maurenbrecher-Dresden: „Die nationale Bedeutung der Reichswahlen."

Am Mittwoch, den 2. Juni, abends um 8 Uhr im „Thaliasaal": Oberbergaldirektor Dr. Bohnenstaedt-Nordhausen: „Warum der deutschnationale Gedanke siegen muß!" Wahlbewerber Nikolaus Schaefer-Weißenfels: „Unsere Zuversicht!" — Eine Parallelversammlung, in der zuerst Schaefer spricht, findet gleichzeitig im „Mozartsaal" statt.

Am Donnerstag, den 3. Juni, abends 8 Uhr im „Thaliasaal": Wahlbewerber Direktor Hemeter-Elsterwerda: „Fort mit der Zwangswirtschaft!" Wahlbewerber: Bergwerksdirektor Leopold-Halle: „Zusammenbruch und Aufstieg" und Privatdozent Dr. Ruge über: „Fort mit der Judenwirtschaft!"

Am Freitag, den 4. Juni, abends 8 Uhr im „Hotel Kaiser Wilhelm", Bernburgerstr.: Wahlbewerberin: Frl. Görling-Merseburg: Gegenstand vorbehalten. Deutschnationale Frauenversammlung.

Am Sonnabend, den 5. Juni, abends 8 Uhr im „Mozartsaal": Beamten-, Angestellten- und Handarbeiterversammlung. Reichstagskandidat Schmalz und andere.

Karten: Alte Promenade 10 bei Lippert, Große Steinstraße 78 und in der „Halleschen Zeitung", Leipziger Str. 61/62.

— **Platzkonzert.** Am kommenden Sonntag findet von 12 bis 1 Uhr an der Siegessäule ein Platzkonzert, ausgeführt von der Kapelle der Schutzpolizei unter Leitung des staatlichen Musikdir. Kott, statt.

— In der Christlichen Gemeinschaft i. h. Landeskirche, Margaretenstraße 5, wird am kommenden Sonntag abends um 8¼ Uhr Bredniger Geisler aus Wien im Dienste der Evangelischen Gesellschaft einen Vortrag über „Das Evangelium in Oesterreich" halten. Der Eintritt ist frei.

Familien-Nachrichten

Verlobungen: Charlotte Bollmann und Otto Kemdorff. — Helene Kretlow und Erwin Steinkopf. — Emmy Poersche und Emil Schulze.

Vermählungen: Paul Drescher und Margarete Thiele. — Wilhelm Weiß und Marta Feucht. — Studienassessor Mangelsdorf und Käte Koch.

Todesfälle: Am 27. Mai Zugführer a. D. Albert Bröhler im 74. Lebensjahre. — Am 27. Mai Selma Bröbel geb. Grohe im 67. Lebensjahre. — Am 27. Mai Margarete Günther geb. Breiting.

Provinz Sachsen

Frhr. von Wilmowski als Landeshauptmann bestätigt

Merseburg, 28. Mai.

Freiherr von Wilmowski ist von der Regierung erneut auf eine sechsjährige Amtsdauer als Landeshauptmann der Provinz Sachsen bestätigt worden.

Deutschnationale Versammlung

Merseburg, 26. Mai.

In einer gut besuchten Wahlversammlung der Deutschnationalen Volkspartei sprach der zweite Kandidat unseres Wahlkreises, Herr Bergwerksdirektor Leopold über den Wiederaufbau unserer Wirtschaft.

Um ein besseres Verständnis für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft zu gewinnen, ist es nötig, unseren Blick auf Rußland zu richten, das wie Deutschland eine soziale Revolution durchgemacht hat. Bolschewismus ist der konsequent durchgeführte Marxismus in wirtschaftlicher Beziehung. Der größte Feind dieser Bewegung ist der Kapitalismus. Dieser muß beseitigt werden. Daher verordnete Lenin vom grünen Tisch aus die Sozialisierung und Nationalisierung der Schwerindustrie. Wie sind die Wirtschaftsverhältnisse heute in Rußland? Die Bauern geben den Städten kein Brot, weil sie genug Papiergeld haben. Sie brauchen Sensen, Pflüge, Maschinen. Die Großstädte leiden Hungersnot. Die Industrieunfähigkeit hat sich zwar gehoben; aber der Grund ist nicht die Arbeitsfreudigkeit, sondern der gesetzliche Zwang, die zwölfstündige Arbeitszeit ist eingeführt worden.

Aehnlich wie die russische ist die deutsche Revolution verlaufen. Als der Kampf gegen Rußland eingestellt, die Stimmung im Heere und in der Heimat zerrüttet und Joffe in Berlin war, gewann bei uns durch Kommunisten und Unabhängige vorbereitet, internationale Kräfte die Oberhand und brachten uns die Revolution. Daß diese Kräfte sich bei uns noch nicht so ausgewirkt haben wie in Rußland, liegt darin, daß wir andere wirtschaftliche Verhältnisse haben und daß sie bei uns auf einen größeren Widerstand stießen. Aber ähnliche Verhältnisse wie in Rußland haben wir auch: Kampf gegen den Kapitalismus, ethische Zersetzung, Egoismus, Schieberwesen, Schleichhandel. Dazu wird unser Wirtschaftsleben niedergedrückt durch den Friedensvertrag von Versailles. Wohl hätte uns der Feindbund annehmbare Friedensbedingungen gestellt; aber unser Heer, die beste und einzige Stütze, die dies ermöglichen konnte, mußte in überhasteter Weise über den Rhein zurückgenommen und demobilisiert werden. So erhielten wir statt des Friedensvertrages ein Friedensdiktat, das für uns einen Länderraub und Rohstoffraub bedeutet.

Ferner wurde unser Wirtschaftsleben niedergemorden dadurch, daß Männer in der Regierung sehen, die sich bei ihren Maßnahmen nicht von wirtschaftlichen Gesichtspunkten, sondern eigenen theoretischen Erwägungen leiten ließen. Sie führten die achtstündige Arbeitszeit ein. Die Folge war, daß sich in den Belegschaften die Zahl der Arbeiter erhöhen mußte. Dadurch wurden in Mitteldeutschland in kürzester Frist große Menschenmassen zusammengezogen, so daß eine große Wohnungsnot entstand. Dann setzte die Lohnbewegung ein. Wenn man dabei auf die hohen Dividenden, Rücksstellungen, Abschreibungen verweist, so ist dies unberechtigt. Die Dividenden kommen vielen kleinen Rentnern zugute. Die Rücksstellungen genügen nur, um den Betrieb aufrecht, die Betriebsanlagen in gutem Zustande zu erhalten. Die dauernden Preissteigerungen haben zur Folge, daß die früheren großen Bauguthaben aufgezehrt sind, daß das Betriebskapital zu Ende geht. Das bedeutet für den Arbeiter Entlassung, für die Gesamtheit die allmähliche, sichere Erstarrung unserer Industrie.

Das bei verhängnisvolle Folgen für die Finanzwirtschaft des Staates. Der Reichsbedarf erfordert mehr als 30 Milliarden. Trotzdem wie die Staats- sind die Gemeindefinanzen.

Können wir aus eigenen Kräften wieder hochkommen? Ja; ein Volk, das vier Jahre der ganzen Welt widerstand, wird sich wieder aufraffen können. Die Arbeitsgemeinschaft muß sich auf der Volksgemeinschaft aufbauen. Sie muß frei sein vom Auslande, frei von fremdrassigen Angestellten und Führern. Jeder einzelne muß so leben, daß es nicht zur Diktatur einer Klasse kommt. Zum Ausgleich der Gegensätze ist die Erhaltung und Sicherung des Mittelstandes nötig. Die Grundsätze der Bodenreformer, die für gesunde Wohnungsverhältnisse eintreten, müssen verwirklicht werden. Dazu muß eine geistige Umstellung des ganzen Volkes kommen, nicht mehr Ueberschätzung des Materiellen, auch das Ideelle muß wieder zu seinem Rechte kommen. Ein Zug des Geistes der alten Autorität, der alten deutschen Treue muß uns wieder erfassen.

Dem Vortragenden wurde für seine Ausführungen reicher Beifall gespendet, der nochmals einsetzte, als er Einwendungen eines sozialdemokratischen Redners in geschickter Weise widerlegte.

— **Berka,** 28. Mai. (Neue Bahneinstellungen in Mitteldeutschland.) Nachdem in Jena und Naumburg die elektrische Straßenbahn stillgelegt worden ist, mußten jetzt auch die Berkaer und Rostenberger Eisenbahnen ihren Betrieb einstellen, da die Arbeiter und Angestellten in den Streik getreten sind. Der Verkehr in Mitteldeutschland erleidet dadurch eine starke Schädigung.

n. **Weißenfels,** 28. Mai. (Beim Baden) ertranken in den letzten Tagen hier und in der Umgegend fünf Menschen. Am zweiten Pfingsttage ging der hiesige Schulknabe Otto Jakob vor den Augen seiner Eltern in der Saale unter und konnte nicht gerettet werden; in Deblitz ertrank der zehnjährige Sohn des Inspektors Heubel; in Stößen der 19jährige Walter Mittelbach; bei Gulau fand ein vorüberfahrendes Reiseboot die Leiche eines jungen Naumburgers im Gebüsch der Saale und am 25. Mai ertrank der hiesige Schlosser Willi Kallwitz, dessen Leiche noch nicht gefunden wurde.

m. **Bernburg,** 27. Mai. (Der Ausschuß des Ev. Kirchengesangbereins) in Anhalt hielt am Mittwoch in Köthen seine diesjährige Sitzung ab.

. R. **Dessau,** 28. Mai. (Zur Landesversammlung.) In einer Nachmittagssitzung wurde die Novelle zum Zivilstaatsbrienstgesetz debattelos verabschiedet. Damit ist dieses für die anhaltische Beamtenschaft wichtige Gesetz auf eine gänzlich neue Basis gestellt. Die Vorlage des Staatsrates über die Bekämpfung der Wohnungsnot, die eine erkleckliche Menge von Millionen erfordert, aber den unhaltbaren Zuständen im Wohnungswesen ein für allemal ein Ende machen soll, fand mit Einschluß der Mietsteuer die Zustimmung des Hauses. Bezüglich letzterer wurde von demokratischer Seite gewünscht, daß die Personen, die von der Reichseinkommensteuer befreit sind, auch von der Mietsteuer befreit sein sollen. Der Staatsrat ist bereit, diesem Wunsche Rechnung zu tragen. Dann wurde noch der Gesetzentwurf verabschiedet, der den vor dem 1. April 1920 in den Ruhestand getretenen Beamten, den sogenannten Altpensionären, eine gesetzliche Erhöhung ihrer Bezüge gewährleistet. Die anhaltische Regierung hat sich mit dieser vom Berichterstatter als Kulturetat bezeichneten Vorlage den Dank aller Altpensionäre gesichert. Der Landtag wird nun doch die staatlichen Salzwerke besichtigen, und zwar am Sonnabend. Die letzte Sitzung wird dann nächsten Mittwoch abgehalten werden.

R. **Dessau,** 28. Mai. (Aus dem Gemeinderat.) Der Staat hatte vor einiger Zeit der Stadt ein Mutungsrecht auf Braunkohlen bei Buro im Zerbster Kreise zugesprochen. Wie Bürgermeister Hesse im Gemeinderate mitteilte, haben die Untersuchungen ergeben, daß sich der Abbau nicht lohnen würde. Der Magistrat wird auf das Mutungsrecht verzichten. — Der Gemeinderat beschloß die Erhöhung der Vergnügungssteuer um 50 Prozent, da die vor noch nicht langer Zeit eingeführte Steuer über Erwarten hohe Erträgnisse ergibt. Ein Antrag des Stadtverordneten Theiß auf Besteuerung der Sportveranstaltungen wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

△ **Weimar,** 27. Mai. (Der Volksrat für Thüringen) wird am 7. Juni wieder in Weimar zusammentreten. In der Hauptsache handelt es sich um die Beratung der nach preußischem Muster abgefaßten Beamtenbesoldungsvorlage, welche, da sie bereits die Zustimmung der einzelnen Parteivertreter in der Vorbesprechung gefunden hatte, ohne große Aenderungen angenommen werden dürfte. Die Tagung wird voraussichtlich nur einige Tage in Anspruch nehmen. Unmittelbar nach dem 20. Juni wird der Landtag des Freistaates Thüringen, Sachsen-Weimar, zu einer längeren Tagung zusammentreten. Außer einer Anzahl von Eingängen handelt es sich in der Hauptsache um den Etat, der bereits einen weit bedeutenderen Umfang hat wie in früheren Jahren.

„H. 3." Sportberichte

12. Ruder-Regatta des Saale-Regatta-Vereins

Sonntag, den 4. Juli 1920, nachmittags 2 Uhr 30 Minuten auf der Saale bei Bad Neu-Ragoczy.

1. Jungmann-(Anfänger-)Vierer. 2. Richard Günther-Gedächtnis-Vierer. Wanderpreis. Sieger 1906: Hallesche Ruder-Ges. (Nelson) von 1874, e. V.; 1907: Leipziger Ruder-Club; 1908: Berliner Ruder-Club Sport-Borussia; 1909: derselbe; 1910: Magdeburger Ruder-Club; 1911: derselbe; 1912: Leipziger Ruder-Verein; 1913: Dessauer Ruder-Club; 1914: Leipziger Ruder-Verein; 1919: Ruder-Verein Wratislavia, Breslau. 3. Einer. 4. Junior-Vierer. 5. Stadt Halle-Vierer. Herausforderungspreis, gegeben von der Stadt Halle, dreimal ohne Reihenfolge zu gewinnen. Sieger 1910: Leipziger Ruder-Verein; 1911: Hallesche Ruder-Ges. (Nelson) von 1874, e. V.; 1912: Hallescher Ruder-Verein „Wölberg"; 1913: Ruder-Club Triton-Stettin; 1914: Hallesche Ruder-Ges. (Nelson) von 1874, e. V.; 1919: Ruder-Verein Wratislavia, Breslau. 6. Akademischer Vierer. 7. Jungmann-Achter. 8. Doppel-Zweier ohne Steuermann. 9. Verbands-Vierer. Großer Vierer. Wanderpreis, gegeben vom Deutschen Ruder-Verband. Sieger 1907: Dresdner Ruder-Verein; 1908: R.-C. Germania, Magdeburg; 1909: R.-C. Sport-Borussia, Berlin; 1910: Berliner Ruder-Ges. von 1884; 1911: Calbenser R.-C.; 1912: R.-C. Titania, Charlottenburg; 1913: Hallescher Ruder-Club; 1914: Hallesche Ruder-Ges. (Nelson) von 1874, e. V.; 1919: Ruder-Verein Wratislavia, Breslau. 10. 1. Jungmann-Vierer. 11. Jungmann-Einer. 12. Vierer (beschränkt). 13. Großer Achter. Die siegenden Mannschaften erhalten Erinnerungszeichen.

Am Montag, den 5. Juli werden im Anschluß an die Regatta 5 akademische freivereinbarte Rennen gefahren werden, und zwar: 1. Renn-Einer, 2. Renn-Vierer, 3. Gig-Vierer, 4. Doppel-Zweier ohne Steuermann, 5. Renn-Achter. Diese Rennen beginnen am Montag nachmittag 4 Uhr, ebenfalls bei Bad Neu-Ragoczy.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192005291-15/fragment/page=0003

— **Wasserballspiel.** Am Sonntag nachmittag werden die Freunde des Wasserballspiels auf ihre Kosten kommen. Um 3 Uhr liefert im Hofmannschen Bad der Hallesche S.V. von 1902 sein erstes Spiel in der Serie um die Gaumeisterschaft. Gegner ist der S.V. Neptun-Delbrück. Der Ausgang des Spieles ist völlig offen. Halle spielt in folgender Aufstellung: Tanneberg, Tor; Pfützner, Bauer, Verteidiger; Karsch, Karl, Verbindungsmann; Karsch, W., Sauer, W., Behrend, W., Stürmer.

— **Der Hallesche Schwimmverein von 1902** veranstaltet am Sonntag, den 30. Mai, vormittags 9 Uhr sein zweites Uebungsschwimmen von der Nakeninsel nach G. Hoffmanns Bad. Antreten der Teilnehmer pünktlich 8½ Uhr im Bad. Das Schwimmen ist eine Vorübung für das große Saalestschwimmen am 13. Juni. Angehörige von Turn- und Sportvereinen, die sich daran beteiligen wollen, müssen sich rechtzeitig zur Ablegung der ½stündigen Schwimmprobe bei einem Mitgliede des Schwimmausschusses melden. — Das Schwimmen am Sonntag wird an Interesse gewinnen, da die Anwärter für die Teilnahme am großen Saalestschwimmen sich immer mehr aus dem Gros herausschälen.

— **Sportfreunde-Liga** fährt am kommenden Sonntag nach Merseburg, um gegen V.f.L. ein Gesellschaftsspiel auszutragen. Sportfreunde Liga-Reserve spielt auf dem Favoritplatz gegen Favorit Liga-Res. Ein interessantes Treffen kommt am Sonnabend, den 29. d. M., auf dem Sportplatz am Zoo zum Austrag, dortselbst treffen sich im friedlichen Wettkampf die alten Herren — Mannschaften von Sportfreunde und Halle 96. Anfang 6 Uhr.

— **Turnausschußtagung in Halle.** Am 26. und 27. Mai tagte in Halle der gesamte Turnausschuß der Deutschen Turnerschaft. Von der sehr reichhaltigen Tagesordnung ist besonders die Beratung über die Wettkampfbestimmungen zu erwähnen. Der Entwurf wurde nach lebhafter Aussprache mit verschiedenen Aenderungen angenommen.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Die Lage der Schuhindustrie

Weißenfels, 27. Mai.

* tzk. Vom Demobilmachungsausschuß wurde beschlossen, in Anbetracht der ungünstigen Wirtschaftslage in der Schuhindustrie vom 1. Juni ab die Arbeitszeit in diesen Betrieben auf täglich 6 Stunden festzusetzen. Einige Betriebe sind bereits stillgelegt und wenn nicht wenige Wochen nach dem Pfingstfest eine Belebung der Kauflust eintritt, werden alle übrigen Betriebe aus Mangel an Barmitteln ebenfalls gezwungen sein, ihre Fabriken zu schließen. Um das Aeußerste abzuwenden, war am 18. Mai eine Deputation, bestehend aus Vertretern des Magistrats, der Arbeiterschaft und Fabrikanten, beim Reichswirtschaftsminister vorstellig geworden, um zu hören, was für Maßnahmen von seiten des Reiches getroffen werden, um einer Katastrophe entgegenzukommen. Die Deputation wurde vom Minister Schmidt persönlich empfangen. Dem Minister war die Lage in der Schuhindustrie nicht unbekannt. Man glaubte aber, bereits genug geben zu haben, indem man die Ausfuhr von Sport- und Luxusartikeln, gestattet hatte. Zur Ausfuhr-Genehmigung von Strafenschuhwerk, welches ausschließlich in Weißenfels hergestellt wird, konnte sich der Minister nicht verstehen, solange die Preise dafür nicht wesentlich herabgesetzt seien. Er würde einen Sturm der Entrüstung über sich ergehen lassen müssen, wollte er durch eine Ausfuhrgenehmigung verhindern, daß das Publikum endlich zu billigeren Stiefeln käme.

Zur Preissenkung am Holzmarkt

Der Preisabbau am Holzmarkt ist nicht aufzuhalten, wenn auch die Senkung der Preise sich langsam vollzieht. Ein Wiederaufstieg ist schon deshalb nicht zu erwarten, weil die Besserung der Marktlage eine Ausfuhr zurzeit unmöglich macht. Finnland und Schweden bieten sich an, und das deutsche Schnittholz war am Weltmarkt noch nie recht beliebt. So ist das deutsche Sägemühlengewerbe jetzt ganz auf den inländischen Absatz angewiesen, und dieser sieht vollkommen. Eine Besserung ist nicht in naher Sicht. Erfahrungsgemäß ist der Sommer für das Holzbearbeitungsgewerbe immer eine Zeit der Ruhe. Um wie viel mehr der Sommer 1921, der alle Warenmärkte in wenig erfreulichem Zustand vorfindet. Kauflust und Kaufkraft sind entschwundene Begriffe, die Möbellager sind mit teuren Beständen angefüllt, das Baugeschäft ruht. Für die weitere Entwicklung der Verhältnisse ist aber folgendes zu bemerken: Wenn die Preise sich gesenkt haben werden, dann wird auch die Nachfrage stark einsetzen. Freilich nicht aus den Schichten heraus, die bisher die teuren Möbel kauften, sondern aus den Kreisen der Festbesoldeten, aus dem Arbeiterstand und aus anderen Kreisen, die für eine Kücheneinrichtung wohl 900—1000 Mark, nicht aber 2000 Mark bezahlen können.

Infolge der flauen Geschäftslage hält man sich von Rohholzankäufen fern. Es fehlt jede Kalkulationsmöglichkeit. Nur Erle bleibt gesucht. Recht ruhig liegt das Eichengeschäft, das vom Preisaufstieg besonders betroffen wurde. Stark empfunden wird am Holzmarkt der Geldmangel. Selbst große Warenhäuser rufen nur zögernd ab und erfüllen ihre Verpflichtungen schleppend. Diese Erscheinung beeinflußt den Markt ungünstig. Für Waldkäufe ist das Geld knapp. Privatforstbesitzer, die verkaufen, aber immer höhere Preise abwarten wollten, verpachten den günstigen Jagdschutz und stellen die hiern Beständen hängen. Polen bietet sich Schnittholz an.

Sinken der Lebensmittelpreise

h. Hamburg, 28. Mai.

Bei einer Versteigerung von etwa 15 000 Kilogramm gelben Erbsen und 15 000 Kilogramm grünen Erbsen wurde für die gelben ein Preis von 1,90 bis 2 Mark pro Kilogramm, und für grüne von 1,90 bis 1,90 Mark pro Kilogramm bezahlt, während gestern bei einer Versteigerung der doppelte Preis bis 200 Mk. pro Zentner erzielt wurde. Dieser nahezu katastrophale Preissturz dürfte vor allen Dingen auf die große Menge von Hülsenfrüchten, die in den letzten Wochen zur Versteigerung gelangen und auf die weit vorgeschrittene Erntezeit zurückzuführen sein.

* **Eudenburger Maschinenfabrik und Eisengießerei, A.-G., Magdeburg.** (Eigene Drahtmeldung.) Die Generalversammlung setzte die Dividende auf wieder 10 Prozent fest. Ueber Antrag der Aktionärvereinigung Aschersleben teilte die Verwaltung mit, daß die Betriebsanlage in 2 bis 2½ Jahren für die eigenen Zwecke der Gesellschaft verwendet werden kann, da in jetzt ganz Zeit unbenutzt gelegen werden mußte. Weiter wurde die Erhöhung des Aktienkapitals von 1½ auf 3 Millionen beschlossen. Angeboten 120 Prozent an die alten Aktionäre im Verhältnis von 1:1. Der Geschäftsgang ist nach Mitteilung der Verwaltung befriedigend.

Maschinenbau Aktien A.-G. zu Magdeburg. In der G.-V. waren 1346 Aktionäre vertreten, wovon wurde die Dividende auf 15 (1. 10) Prozent festgesetzt. Die vorjährige Erhöhung der Vergütung des Aufsichtsrates und die Uebernahme der darauf entfallenden Steuer auf die Gesellschaft wurden genehmigt. Ueber die Aussichten des neuen Geschäftsjahres teilte die Direktion mit, daß das Werk reichlich mit Aufträgen versehen ist, so daß mit einer ziemlich gleichmäßigen Beschäftigung zu rechnen ist. Wenn nicht eine ganz ungünstige Wendung eintritt, dürfte auch das laufende Geschäftsjahr ein befriedigendes bringen.

Zuckerfabrik Calbe Akt.-Ges. in Calbe a. S. Die Generalversammlung genehmigte das vorgelegte Rechnungswerk für 1919/20, das aus einem Reingewinn von 153 263 (i. V. 73 382) Mk. nach reichlichen Rückstellungen die Verteilung von wieder 7½ Prozent Dividende gestattet. Der Neuvortrag ist auf rund 72 (386) Mk. bemessen. Das ausscheidende Aufsichtsratsmitglied Bankdirektor M. Schulze (Mitteldeutsche Privatbank) wurde wiedergewählt. An Stelle des freiwillig ausscheidenden Amtsrat Richter-Grimschleben wurde Direktor Hennecke-Genthin gewählt. Ferner wurde Direktor Purpus-Genthin neu in dieses Amt berufen.

Maschinen- und Werkzeug-Akt.-Ges. vorm. August Paschen in Köthen-Anhalt. Die Hauptversammlung beschloß, 15 Prozent Dividende zu verteilen. Der Geschäftsgang ist befriedigend geblieben, da der Gesellschaft seitens des In- und Auslandes reichlich Aufträge für ihr Spezialartikel für Zuckerfabriken zugewiesen worden sind.

Elektrizitätswerk Fulda Akt.-Ges. Die Generalversammlung beschloß die Erhöhung des Grundkapitals um 500 000 Mk. auf 1 Million Mark, um die Schuld bei der A.E.G. in Berlin abzutragen.

Die 10. Zentralauktion des Schutzverbandes der Häutevertwertungen Mitteldeutschlands G. m. b. H. findet am 1. u. 2. Juni in Dresden statt. Zur Versteigerung kommen am ersten Tage 24 525 Stück Großviehhäute, 735 Stück Rohkälbe und 5 Eselshäute; am zweiten Tage 1844 Stück Fresserhäute, 32 362 Stück Kalbfelle, 12 153 Stück Schaffelle und 44 197 Stück Ziegenfelle.

* **Der Girozentrale für die Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt** in Magdeburg ist, wie uns ein eigener Drahtbericht meldet, die staatliche Genehmigung zur Ausgabe weiterer 50 Millionen mitteldeutscher Kommunalanleihe erteilt worden.

* tzk. **Betriebsstockungen in der Textilindustrie.** Seit einiger Zeit stockt in der Bad Sulzaer Textilindustrie das Geschäft. Nachdem in Apolda in verschiedenen Betrieben schon seit mehreren Wochen Beschränkungen vorgenommen worden sind, treten solche jetzt auch in Salza in Erscheinung. Eine größere Firma hat ihren Betrieb für diese Woche ganz geschlossen; in einigen anderen Betrieben soll von Donnerstag ab nur 5 Stunden täglich gearbeitet werden.

Zur Ausfuhr von Rohseifen. Bei den Verhandlungen des Eisenwirtschaftsbundes über den Außenhandel in Rohseifen hat man sich, wie uns aus Köln drahtlich gemeldet wird, dafür ausgesprochen, das Ausfuhrverbot grundsätzlich bestehen zu lassen. Die Ausfuhrbewilligungen sollen jedoch wie bisher gegen Wiedereinfuhr von Rohseifen erteilt werden.

Berliner Börsenberichte

Berliner Metallnotierungen:

Berlin, 28. Mai. Preise für 1000 kg in Mark.

Raffinadkupfer	1250/1300	Banca-Straits-Billiton-Zinn	4300/4500
Elektrolytkupfer	—/—		
Orig.-Hütten-Weichblei	450/475	99% Hütten-Zinn	—/—
Remelts-Blatten-Zink	550/ —	99% Reine-Nickel	3800/4000
Hütten-Rohzink	350	Antimon-Regulus	900/950
Orig.-Hütten-Aluminin.	2700/2800		

Haisernotierungen:

Berlin, 28. Mai. Inländischer Hafer, für 1000 kg in Mark loko ab Speicher frei Wagen 2200, loko ab Berlin —— Mk. Preisnotierungen Abladung ab Abladestationen 3000—3200 Mk. Tendenz: schwankend.

Devisen-Notierungen:

	Geld	Brief		Berlin, 28. Mai. Geld	Brief
Amsterd.-Rotterd.	1448,50	1451,50	New-York	39,20	39,30
Brüssel-Antwerp.	317,20	317,30	Paris	302,20	302,80
Christiania	696,30	760,70	Schweiz	699,30	700,70
Kopenhagen	641,80	643,20	Spanien	629,40	630,60
Stockholm	864,10	865,90	Wien (altes)	22,97	23,03
Helsingfors	199,80	200,20	Oesterreich abgest.	30,47	30,53
Italien	229,75	230,25	Prag	84,90	85,10
London	154,85	155,15	Budapest	24,47	24,53

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte		Deutsche Ueberseeel.	720 —
4½% Deutsche Schatzscheine VI—IX	75,70	Deutsche Erdöl	680,—
5% Deutsche Reichsanl.	79,75	Deutsche Gasglühl.	— —
4 „ „	74,75	Deutsche Kali	415,50
3½ „ „	68,00	Deutsche Waff. u. Mun.	860,—
3 „ „	64,90	Donnersmarkhütte	310,—
4 Preuss. Konsols	75,40	Döring u. Lehrmann	131,—
3½ „ „	60,25	Dürkoppwerke	409,50
3 „ „	58,25	Elberfelder Farben	363,—
4 Chartl. Stadtanl. 89/99	—,—	Engelhard Brauerei	— —
3 Magdeb Stadtanl. 91/06	99,—	Felten u. Guilleaume	355,—
4% n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe	—,—	Gasmotoren Deutz	180,—
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	100,85	Gebhardt u. Co.	— —
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	190,50	Gebhardt u. König	228,25
4½ Dessauer Gas-Oblig.	—,—	Geisenkirch. Bergb.	215,50
4 „ „	96,75	Glanziger Zuckerfbr.	370,—
Ausländ. Werte		Halleische Masch.-Fabr.	390,—
4 Oesterr. Kron.-Rente	27,00	Hanm. Masch.	312,50
4 Ungar. Gold-Rente	63,25	Harpener Berg	248,—
4 Ungar. Kronen-Rente	30,00	Hawper Eisen	510,—
Eisenbahn-Aktien:		Hirsch Kupfer	240,25
Halberstadt-Blankenb.	76,—	Höchster Farbw.	342,—
Haile-Hettstedter	67,25	Hoesch Eisen u. Stahl	255,—
Schantungbahn	56,—	Hohenlohe-Werke	170,—
Allg. Lokal-Str	110,50	Humboldt-Masch.	256,—
Gr. Berl. Str.	134,00	Ilse-Bergbau	325,50
Magdeburger Str.-B.	147,—	Kahla-Porzellan	260,—
Lux. Prinz Heinrich.-B.	441,—	Kaliw. Aschersleben	360,—
Orientbahn	190,—	Körbisd. Zucker-Akt.	367,—
Schiffahrts-Akt.:		Kyffhäuserhütte	170,—
Hambg. Paketfahrt	162,75	Lahmeyer u. Co.	170,—
Hambg.-Südamerika	226,—	Lauchhammer	227,—
Hansa-Dampfschiff	349,—	Laurahütte	193,50
Nordd. Lloyd	164,50	Lingel. Erfurt	—,—
Banken:		Linke u. Hofmann	310,—
Bank für Thür.	157,—	Ludwig Loewe u. Co.	265,—
Berl. Handelsges.	184,—	Lothringer Hütte	244,00
Comm u. Diskontobank	175,—	Mannesmannröhren	307,—
Darmstädter Bank	155,50	Maschinenfabr. Buckau	243,—
Dess. Landesbank	133,—	Oberschl. Eisenb.-Bed.	174,—
Deutsche Bank	238,25	do. Caro Heg.	231,50
Diskonto-Comm.	195,—	do. Kokswerke	384,—
Dresdner Bank	165,00	Orenstein u. Koppel	243,—
Credit-Anst. Leipzig	171,—	Phönix-Bergb.	306,—
Mitteld. Kreditbank	156,00	Rhein. Metall-Verz.	221,—
Privat-Bank	168,50	Rhein. Stahlwaren	291,—
Nationalbank	139,25	Riebeck. Montan.	275,—
Oesterr. Kredit	92,75	Rombacher Hütten	248,—
Reichsbank	151,75	Rositzer Braunk.	301,—
Industrie-Aktien:		Rositzer Zucker	265,—
Schultheiss-Brauerei	240,—	Sangerhäuser u. Masch.	200,—
Akt. f. Anilin	334,50	Hugo Schneider u. Co.	281,25
Allgem. Elektr.-Ges.	254,—	Schuckert u. Co.	170½
Annendorfer Papierf.	540,—	Siemens u. Halske	283,—
Anhalter Kohlenw.	210,—	Stettiner Chamotte	275,25
Annaberger Steingut	310,—	Stettiner Vulkan	199,—
Badische Anilin	429,—	Stollberger Zinkh.	225,—
Bergmann-Elekt.-Akt.	220,—	Strals. Spielkarten	327,—
Berl. Masch.-Bau	214,75	„Terra", Samen-A.-G	—,—
Bismarckhütte	268,—	Thale-Eisenhütte	385,50
Bochumer Gußstahl	233,—	Triptis-Akt.-Ges.	314,—
Chem. Fabrik Buckau	294,—	Türkische Tabakregie	750,—
Chem. Griesheim	300,—	Ver. Köln-Rottweiler	260,—
Chem. v. Heyden	304,50	Glanzstoff Elberf.	860,50
Consolidation Schalke	470,—	Wegelin u. Hübner	162,—
Crüllwitzer Papierfabr	—,—	Wersch.-Weissenf. Brk.	— —
Daimler-Motoren	200,—	Witteger Gußstahl	550,—
Deutsch-Luxemburg	261,—	Wrede-Mälzerei	741,—
		Zeitzer Masch.	132,—
		Zellstoff Waldhof	251,—
		Otavi-Minen	635,—
		Tendenz fest.	

Börsenstimmungsbild. Die Kursbewegung an der Börse war heute weniger abhängig von der Haltung des Devisenmarktes als sonst. Gleich bei Beginn zeigte sich in der Stimmung eine vorübergehende Mattigkeit, weil man den Berichten über die Möglichkeit innerer Unruhen mehr Beachtung schenkte. Die Kursbewegung war daher trotz der festen Haltung des Devisenmarktes nach abwärts gerichtet, wenn auch einzelne Ausnahmen zu verzeichnen waren. So stellten sich Höchster 15, Badische Anilin 11, Elberfelder Farben 6, Rheinmetall 5, Otavi Minen 5, Daimler Waffen 10 Prozent höher. Die Mattigkeit verschärfte sich im Verlaufe und zog auch anfangs höher bewertete Papiere in Mitleidenschaft. Die Verluste betrugen gegen gestern bei Siemens etwa 24 Prozent, Hansa 14, A.E.G. 12, Deutsch-Luxemburg 12, Deutsche Erdöl 10, Deutsche Waffen 20, Otavi 45 Prozent. Die Deutsche Anleihen waren wenig verändert. Die Reichsanleihe hat sich etwas erholt.

Produktenbericht. Am Produktenmarkt befestigte sich infolge einigen Begehrs aus dem Westen, sowie auf Deckungskäufe und zurückhaltenden Angebots der Provinz. Hülsenfrüchte waren weniger begehrt. Lupinen waren nur etwas gefragt. Kleinem Saatgeschäft zu Gründungungszwecken. Raufutter vorwiegend angeboten.

Kirchliche Nachrichten.

Trinitatis, den 30. Mai. Sammlung für kirchliche Jugendpflege. Nach dem 10-Uhr-Gottesdienst in allen Kirchen Bekanntmachung der eingegangenen Antworten der Wahlkandidaten aller Parteien zu den Lebensfragen der Kirche.

Abkürzungen: Kindergottesdienst = K. Beichte und Abendmahl = A. Bibelstunde = B.

A. L. Frauen: 8 Knoblauch; 10 Bauke; 11¾ (K., Kirche) Fritzsche; 11¾ (K., Reformgymn.) Knoblauch. — Donnerstag 8½ (Bethandacht Marthahaus, Sophienstr. 6/8) Koepp.

Ulrich: 8 Eit; 10 Fritze. — **Ulrich-Ost:** 10 (Krondorfstraße) Eit.

Maria: 8 Keller; 10 Voigt; 11½ (K.) Voigt. — **Hospital:** 10 Keller.

Domkirche (ref. Gem.): Dreieinigkeitsfest: 10 Jordan; 11¾ (K.) Baumann; 6 abds. Baumann. Freitag 8 Baumann, Jugendv. Sonnt. 7½ u. Mittw. 8 Uhr. — Jungfr.-V. 6½ n. Sonnt. 8; jüng. Abt. Sonnt. 3. — Bibl. Bespr. Dienstag 8. Kirchenchor Donnerstag 8.

Laurentius: 8 Wagner; 10 Förster; 11½ (K.) Wagner. Dienstag 8 (B., Gem.-Hs.) Wagner.

Stephanus: 8 Förster; 10 Meinhof; 11½ (K.) Hagemeyer. Donnerstag 8 (Zeitandacht, Albrechtstr. 27) Meinhof. — Freitag (Mitterzabend dorselbst) Hagemeyer.

Diakonissenhaus: 10 Moebr.

Paulus: 8 Winterberg; 10 (A.) Teege; 11½ (K.) Teege; 2 (K.) B. Broeder, ders. Besprech. m. konfirm. j. Leuten 11 (Gem.-Hs. — Mittw. 8 Gemstd. Wallis.

Georgen: 8 Gisefe; 10 Witte, anschl. A. bers. — Mittw. 8 Gisefe.

Riebeck-Stift: 8¾ Witte. — **Blindenanstalt:** 10 Gerhmann.

Johannes: 8 Kindervater; 10 Butz; 11½ (K.) Fischer; 10 (K.) Butz; 2 (K.) Fasmer.

Stadtmission: abds. 8¼ Evangelisation Winterberg. Dienstag 8¼ Gemeinschaftsstunde.

Diemitz: 9½ Petzold; 10½ (K.) ders.

Giebichenstein: St. Bartholomäus: 8 Hellwig; 10 Gisefe; 11 (K.) Hellwig. — Freitag abds. 8 Maukrenz-Vers.

Peterus: 10 Hellwig; 11½ (K.).

Evang. Verb. f. d. weibl. Jugend: Sonnt. 30. Heidenauer Treffpunkt 4 Waldkater. Feier am Kellerberg Josephsen.

Christliche Gemeinschaft (i. d. Landeskirche) Marienkreuzkirche 11½, Kinderstunde; 3 Vereinig. jung. Männer; 8¼ Evangelisation Mittwoch 8¼, Vereinig. jg. Mädchen. Donnerstag 8¼, Bibelstunde.

Method.-Gemeinde (Evang. Gemeinschaft). 10 Gottesdienst, Chorgesänge, Töchterchor, Quartette, Deklamat., Ansprachen.

Beesen: 10 von Stein.

Dölau: 11 Hilfspred. Reinert.

Lettin: 8½ Hilfspred. Reinert.

Passendorf: 10 Beichte; 10½ A.

Deutsch-evang. Volksbund u. Frankebund: Freit. 4. 6. abds öffentliche Verz.: „Wie wählte ich als evang. Christ zum Reichstag?" Lehrer Fr. Sommer. Aussprache. Eintritt 1 Gemeindehaus, Hohenzollernstraße 11.

Gewinn-Auszug der 15. Preuß.-Südd. (241. Preuß.) Klassen-Lotterie

5. Klasse. 15. Ziehungstag. 26. Mai 1920.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr). (Nachdruck verboten.)

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

4 Gewinne zu 10000 M 30919 151593
4 Gewinne zu 5000 M 181192 194248
78 Gewinne zu 3000 M 1607 1693 2137 5934 23038 42479 43
44018 55771 63051 63091 72772 78735 77269 85493 88496 89857 94
104717 108833 110705 112651 117209 124357 128124 128833 138
141535 149002 155879 162516 171356 177446 192191 212261 21
221469 224070 232758

150 Gewinne zu 1000 M 1486 8010 9253 13485 16664 18400 18
19685 22244 23788 27778 33408 38531 38799 44419 53966 54219 56
64370 69231 70781 73690 78057 78242 84471 88832 89978 97163 97
98441 99003 93995 94545 99901 99129 110349 115372 118358 11
123841 125667 134992 140637 140842 145511 148627 150871 154
152759 158982 159643 160266 160580 162397 166676 166979 17
177783 177982 178247 181195 186856 193407 194536 195813 20
203633 207153 208155 214124 214354 222138 226553 230285 23

234 Gewinne zu 500 M 515 5946 11536 12988 13160 14533 14
16556 16717 16859 19891 23119 23678 23694 23936 24209 26359 26
30725 30850 33729 38818 39629 42247 42284 43100 43249 46733 46
50190 50697 51673 52083 52916 54369 57013 58763 59664 60471 60
64261 66149 67017 70047 71678 73444 74965 76200 76273 81810 81
83831 86219 87977 92094 93042 95436 99934 105791 109938 11
107143 109303 110372 110525 114237 115327 115748 117780 11
120057 122328 123941 131513 135622 136290 142035 148197 151
152905 153227 156236 157015 157259 158040 160078 166868 16
171082 171295 177730 181115 181576 185569 186610 186863 18
188300 189338 192917 194778 199990 200090 203035 203074 20
209968 212912 213183 216026 220761 223613 224718 227776 22
229390 232736

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

4 Gewinne zu 40000 M 47511 206358
4 Gewinne zu 10000 M 102760 220125
6 Gewinne zu 5000 M 70761 173603 194821
80 Gewinne zu 3000 M 9306 12015 21268 23262 34625 34
87531 38300 40136 46384 53242 54323 56842 62536 62440 100794 10
110400 111080 111555 112008 115988 123217 129768 131712 140
149602 159145 163730 170363 170956 173040 187268 191338 19
200250 212196 218985 223594 226448

138 Gewinne zu 1000 M 486 868 1250 13263 17520 17540 20
23404 34489 41593 44248 44202 47334 47390 47558 50542 50897 57
54466 58458 59810 61605 64335 67350 67463 70126 70271 75333 76
76359 78436 80128 81491 82530 92401 100600 101771 105522 105912 11
115133 122114 123340 124721 129600 132351 133044 135
136144 138396 139039 140686 151563 152653 154322 158942 161
164753 169641 170704 171820 172863 173436 178015 17
184176 185612 186255 188312 189430 191819 194558 196128 21
214647 218295 221858

190 Gewinne zu 500 M 2108 3878 5101 7668 8595 9872 11
17560 20224 26424 33851 39632 39870 45241 48975 53235 55384 5
54525 65000 67154 67342 67455 68825 72244 79021 81965 84369 84
84853 85355 85360 86099 92743 95086 98078 100736 102337 10
104516 104689 105119 107183 109356 109667 111870 114135 11
124264 127145 128163 133733 140110 142360 152980 158540 15
162184 167087 167341 167770 169241 174099 177040 178246 17
181085 181171 190589 194673 197370 198478 199258 201411 20
203674 204021 214776 214956 215223 216725 217082 217588 22
223904 224631 226779 227562 228244 228456 229797 230428 23
232278 232797

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Rundschau, Wirtschaft und Sport: Hans Helling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Fritz Seltsam. Kriegsartikel: Paul Kersten; Handel u. Verkehr: Otto Thiele. Druck und Buchdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192005291-15/fragment/page=0004